

Pressemitteilung
Communiqué de presse

Seiten / Pages : 2

Datum / Date : 14/12/2020

54. CGFP-Vorstandskonferenz

Privatisierungstendenzen im Staatsdienst: CGFP kündigt Schlichtungsverfahren an

Anlässlich der 54. Vorstandskonferenz, die aufgrund der COVID-Einschränkungen mit einer begrenzten Zahl von Teilnehmern stattfand und erstmals im Livestream übertragen wurde, haben CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff und Generalsekretär Steve Heiliger insbesondere die Privatisierungsbestrebungen der Regierung im öffentlichen Dienst angeprangert.

In zahlreichen Ländern hat die aktuelle Pandemie die verheerenden Folgen einer jahrzehntelangen Privatisierung staatlicher Dienstleistungen offengelegt. Nachdem öffentliche Dienstleistungen jahrelang europaweit an private Unternehmen ausgelagert wurden, ist jetzt ein rigoroser Richtungswechsel erforderlich.

Die Luxemburger Regierung bewegt sich jedoch in eine völlig falsche Richtung: Ausgerechnet inmitten einer nie da gewesenen sanitären Krise hat die Exekutive innerhalb weniger Wochen gleich drei Gesetzentwürfe auf den Instanzenweg geschickt, die den öffentlichen Dienst durch aufgeweichte Einstellungskriterien aushöhlen.

Rücknahme aller Privatisierungsvorhaben

Personen auf staatliche Spitzenposten zu katapultieren, die weder über die nötigen Kompetenzen verfügen noch die objektiven Zugangskriterien erfüllen, kommt für die CGFP nicht infrage. Sämtliche Privatisierungsvorhaben, die sich auf den Staatsdienst beziehen, müssten sofort rückgängig gemacht werden.

Von Beamtenminister Marc Hansen werden, unter dem Vorwand der Krisenbewältigung, zentrale Anliegen der Staatsbediensteten seit Monaten systematisch abgeblockt.

Seit Längerem treten z.B. die sektoriellen Gespräche mit den CGFP-Mitgliedsorganisationen auf der Stelle. Nach zwei Jahre langen Bemühungen sind keine nennenswerten Ergebnisse in Sicht. Der Minister hat lediglich die Vertreter der Fachverbände defilieren lassen. Das eigentliche Ziel ist somit gänzlich verfehlt worden.

Akuter Nachbesserungsbedarf besteht zudem bei der Anwendung der Telearbeit im öffentlichen Dienst. Nachdem die entsprechende großherzogliche Verordnung während des ersten Lockdown außer Kraft gesetzt wurde, gibt es zurzeit keine gesetzliche Grundlage, sodass die Regeln von Verwaltung zu Verwaltung sehr unterschiedlich sind. Dieser Zustand ist in naher Zukunft nicht mehr tragbar.

Zudem lässt die von der CGFP geforderte Abschaffung des Bewertungssystems im Staatsdienst noch immer auf sich warten. Eine derart schwerfällige Prozedur, die lediglich Vetternwirtschaft fördert, hat im öffentlichen Dienst nichts zu suchen. Falls auch die Politik zu dieser Erkenntnis gelangen würde, könnte dies die Konsenssuche bei den anstehenden Gehälterverhandlungen erheblich vereinfachen. Keineswegs wird sich die CGFP auf alles einlassen, nur um am Ende ein Abkommen zu erzielen.

Uneinsichtige Regierung steuert auf Konflikt zu

Da die Politik in all diesen Punkten kein Entgegenkommen zeigt, hat die CGFP-Exekutive im Auftrag des Nationalvorstandes am vergangenen 30. November ein Dringlichkeitstreffen mit dem Premierminister beantragt. In dem besagten Brief an Xavier Bettel hat die CGFP gefordert, dass wesentliche Fragen, die den öffentlichen Dienst betreffen, zur Chefsache erklärt werden. Bedauerlicherweise ist zwei Wochen nach Erhalt des Schreibens keine Reaktion seitens des Staatsministeriums erfolgt. Der Regierungschef hat es nicht einmal für nötig empfunden, eine Empfangsbestätigung zu schicken.

Daraus lässt sich schließen, dass die Regierung nicht mit der CGFP reden will. Die Dreierkoalition verweigert somit einen Dialog mit der einzig national repräsentativen Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes. In Anbetracht dieser Tatsache sieht sich die CGFP dazu gezwungen, ein Schlichtungsverfahren in Bezug auf die Privatisierungstendenzen im Staatsdienst einzuleiten. Der Erhalt des sozialen Friedens liegt einzig und alleine in den Händen der Regierung. Sollte die Politik keine Einsicht zeigen, droht ein Konflikt im gesamten öffentlichen Dienst.